Antrag

des Abg. Sascha Binder u. a. SPD

Verwaltungsaufwand durch die Einführung der Bezahlkarte

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie der aktuelle Stand der Einführung und Nutzung der Bezahlkarte für Geflüchtete in Baden-Württemberg ist;
2. ob und falls ja welcher Mehraufwand bei den Landratsämtern und den Stadtkreisen durch die Einführung und Nutzung der Bezahlkarte entstanden ist oder entstehen wird;
3. welche Hinweisschreiben, Ausführungshinweise, Leitfäden, Verwaltungsvorschriften oder sonstige Ausführungshilfen die Landesregierung zur Steuerung und Konkretisierung der Nutzung der Bezahlkarte erlassen hat und welchen Inhalt und welchen Umfang diese jeweils hatten;
4. wie die Möglichkeiten einer Überweisung geregelt sind, unter Darstellung der Möglichkeiten von Auslandsüberweisungen sowie der Nutzung einer White-/Blacklist;
5. ob und falls ja welches Verfahren zur Einzelfreigabe von Überweisungen zur Anwendung kommt;
6. welcher Verwaltungsaufwand durch die Ausgestaltung der Überweisung entsteht;
7. falls eine White-/Blacklist besteht, welche Organisationen jeweils aufgeführt sind;
8. aus welchen Gründen sich die Landesregierung für das von ihr gewählte Verfahren entschieden hat, insbesondere unter Darstellung der Verfahren – soweit bekannt – in anderen Bundesländern, soweit diese identisch sind beziehungsweise von Verfahren in Baden-Württemberg abweichen;
9. wie sie den Verwaltungsaufwand bewertet, der durch das von ihr gewählte Verfahren entsteht und welcher Verwaltungsaufwand bei einem anderen Verfahren entstanden wäre;
10. inwiefern der Bezug des Deutschlandtickets mit der Bezahlkarte sichergestellt wurde;
11. inwiefern regionale Beschränkungen der Nutzbarkeit der Bezahlkarte vorgesehen sind;
12. inwiefern den Landkreisen und Stadtkreisen die durch Einführung und Nutzung der Bezahlkarte entstehenden Kosten ersetzt werden, insbesondere wenn zur Bewältigung des Verwaltungsaufwands neue Stellen geschaffen werden müssen;
13. ob und falls ja in welcher Weise die Landesregierung eine Evaluierung der Bezahlkarte vorgesehen hat, insbesondere mit Blick auf die Entstehung von zusätzlicher Belastung bei den Verwaltungen oder einer Entlastung der Verwaltung;
14. auf welcher rechtlichen Grundlage die Landesregierung alle Leistungsbehörden zur Umstellung auf die Bezahlkarte verpflichtet und keine Möglichkeit eines „opt-out“ wie in anderen Bundesländern vorgesehen hat.

19.5.2025

Binder, Ranger, Hoffmann, Weirauch, Weber SPD

Begründung

Der Antrag dient der Klärung des durch die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete in Baden-Württemberg entstandenen Verwaltungs- sowie Bürokratieaufwands. Dabei soll insbesondere die Nutzung einer White-/Blacklist bei Überweisungen sowie die Frage der Kostenerstattung geklärt werden.